

# Was DIE LINKE. im Europäischen Parlament fordert:

- Die Ablehnung des beabsichtigten TTIP im Europäischen Parlament! Verhandlungsstopp bis zur Klärung des NSA-Skandals und Abschluss eines »No spy«-Abkommens
- keine Aufweichung oder gar Abschaffung europäischer Standards beim Arbeits-, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz;
- Schutz vor unzureichend erforschten Technologien wie Nanotechnologie, die im Verdacht stehen, gesundheitsschädlich zu sein. Das europäische Vorsorge-Prinzip muss erhalten bleiben;
- Gentechnik, Hormonfleisch, Klonen und Fracking dürfen uns durch TTIP nicht aufgezwungen werden;
- kein Klagerecht vor Sondertribunalen für Konzerne gegen Staaten. Europas und Amerikas Bürgerinnen und Bürger müssen in ihren Demokratien frei entscheiden können, welche Regeln es künftig gibt – eine konzerngesteuerte Kontrolle der Gesetze im Interesse des ungehinderten Freihandels darf es nicht geben;
- in Europa wie in den USA: Rechte von Beschäftigten sichern, Gesundheitsschutz und soziale Absicherung erhalten und ausbauen;



**Gabi Zimmer**  
Vorsitzende der  
der GUE/NGL Fraktion



**Cornelia Ernst**  
Sprecherin der Delegation  
der LINKEN



**Thomas Händel**  
Sprecher der Delegation  
der LINKEN



**Jürgen Klute**



**Sabine Lösing**



**Martina Michels**



**Helmut Scholz**



**Sabine Wils**

Titelbild: flickr.com/leanot



EU – USA  
Welche Art zu leben  
wollen wir?

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT

Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien  
V.i.S.d.P. Thomas Händel, Gabi Zimmer

# STOPPT TTIP!

Keine Geschenke  
für Monsanto,  
BASF & Co.



Seit vergangenem Sommer verhandelt die EU Kommission im Auftrag der Regierungen der 28 Mitgliedstaaten mit den USA über die größte Freihandelszone der Welt: TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft).

Vieles steht auf dem Spiel bei der Schaffung eines derartig riesigen Marktes: Es geht nicht nur um die Höhe von Zöllen, sondern um die Abschaffung von gesetzlichen Hürden für den Handel. Was in Amerika auf den Markt darf, soll auch in der EU verkauft werden dürfen. Hormonfleisch, Genetisch veränderte Nahrung und Saatgut ohne Kennzeichnung, Muskelpillen, Chemikalien, Datensammlungen. Dafür soll im Abkommen die Angleichung oder gegenseitige Anerkennung von Gesetzen und Regulierungen festgeschrieben werden, an den Parlamenten vorbei.

Für Sie und rund 800 Millionen Menschen geht es beim TTIP um die Fragen: Wie wollen wir künftig leben? Was wollen wir konsumieren? Unter welchen Bedingungen sollen unsere Produkte hergestellt werden?

Eine Studie des Europäischen Parlaments sieht gemeinschaftliche europäische Standards durch das Abkommen gefährdet, Gewerkschaften sorgen sich um Arbeitnehmer\_innenrechte und »Gute Arbeitsplätze«. Bauern sehen ihre Existenz bedroht. Europas Bürgerinnen und Bürger, ihre Kommunen und ihre Parlamente haben viel zu verlieren.

## Sollen Konzerne über uns bestimmen?

Viele Menschen in den USA leben in Armut trotz Arbeit, haben oftmals mehrere Jobs und kennen kaum soziale Absicherung durch den Staat.

In den USA fürchten Tausende von Farmern um ihr Wasser, das durch Fracking verschmutzt wird. Die gefährliche Förderung von Schiefergas ist in den USA erlaubt. Durch einen im TTIP vorgesehenen Investitionsschutz (ISDS) mit der Möglichkeit für Konzerne, gegen Staaten zu klagen, könnten jedoch US-amerikanische Energieriesen wie Chevron oder Exxon Mobil gegen EU-Länder klagen, die Fracking gesetzlich verbieten wollen.

Längst können amerikanische Farmer kein eigenes Saatgut mehr einsetzen, weil mehr als 95 Prozent des Saatgutes von Monsanto und anderen Konzernen genetisch modifiziert, patentiert und kontrolliert wird. Sie vermehren ihre Tiere nicht mehr natürlich, sondern setzen auf geklonte Zuchtbulen, um konkurrenzfähig zu bleiben. In der Aufzucht werden massiv Hormone eingesetzt. Die Agrarindustrie will bestimmen, was wir essen und wie wir mit den Ressourcen der Erde umgehen.

Konzerne haben in den USA diese Lebens- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Durch die Wirtschaftskrise in Europa sehen sie den Augenblick gekommen, auch unseren Markt anzupassen und neue Gesetze zu verhindern. Und sie finden dabei tatsächlich Alliierte in der Bundesregierung und anderen Regierungen. Trotz NSA-Skandal: die Bundesregierung blockierte im EU-Rat die vom Parlament ausgearbeitete verschärfte Datenschutz-Richtlinie, wie US-Regierung und amerikanischen Daten-Händlern gefordert. Profite vor Bürgerrecht.

## Errungenschaften schützen!

Das wichtigste Ziel der Verhandlungen zum TTIP ist es, europäische und amerikanische Gesetze und Regeln anzugleichen oder gegenseitig anzuerkennen. Unterschiede werden als »Hindernisse für den Handel« angesehen. So drängen Pharmaindustrie und Kosmetika-Industrie auf wechselseitige Anerkennung der Testverfahren und der Marktzulassung. Entscheiden soll darüber ein neues Gremium aus Beamten, die von Experten der Konzerne beraten würde. Dieses Gremium soll auch künftige Gesetze auf mögliche Handelshemmnisse überprüfen. Konzerne sollen zudem ein Klagerecht – so genannte Investor-Staat Klagen, kurz: ISDS – vor einem Sondertribunal erhalten, falls ihnen zum Beispiel durch neue Umwelt- oder Verbraucherschutzgesetze erhoffte Profite entgehen. Solche Klage-Sonderrechte für multinationale Konzerne lehnen wir entschieden ab.

Unsere Gesundheitssysteme, die jeweils besten europäischen oder amerikanischen Verbraucherschutzgesetze und Umweltschutzbestimmungen sind wichtige Errungenschaften, die wir verteidigen und ausbauen wollen. Änderungen dieser Gesetze sollen weiter nur auf demokratischem Wege durch die Parlamente und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfolgen können. Dies ist nicht die Aufgabe von Hinterzimmer-Verhandlungen von Beamten im Auftrag von Regierungen und Wirtschaftslobbyisten.